

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Professor Dr. Uwe Holtz MdB
zur Parlamentarierkonferenz
"Fortschritte bei der Wirt-
schaftsreform in Zentral- und
Osteuropa": Die Perspektiven
der Reformstaaten.

Seite 1

Antje-Marie Steen MdB zur 9.
Internationalen AIDS-Konfe-
renz in Berlin: Nicht überein-
ander, sondern miteinander
sprechen.

Seite 3

48. Jahrgang / 108

9. Juni 1993

Die Perspektiven der Reformstaaten

Zur Parlamentarierkonferenz "Fortschritte bei der
Wirtschaftsreform in Zentral- und Osteuropa"

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Vorsitzender dessen Wirtschaftsausschusses

Die Reformländer in Zentral- und Osteuropa haben mutige und bedeutende Fortschritte bei der Einführung von pluralistischen Demokratien und marktorientierten Wirtschaftssystemen gemacht. Der demokratische und ökonomische Reformprozeß wird jedoch in einigen Ländern durch politische Zersplitterung, Verbrechen und Korruption sowie durch enorme soziale Verwerfungen bedroht. Deshalb sollten die Reformen zukünftig stärker auf die Schaffung stabiler, effizienter demokratischer Institutionen abzielen. Ebenso notwendig ist eine ausgewogenere, auf Dauer tragfähige und umweltgerechte wirtschaftliche Entwicklung, die auf den Prinzipien von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit basiert, wie sie etwa in der Sozialcharta des Europarats verankert sind. Dies sind die wesentlichen Schlußfolgerungen einer von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Helsinki organisierten Konferenz (2. - 4. Juni) zu dem Thema "Fortschritte bei der Wirtschaftsreform in Zentral- und Osteuropa: Lehren und Perspektiven".

Die Europaratskonferenz, auf Einladung des finnischen Parlaments unter der Ägide des Wirtschaftsausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarats letzte Woche in der finnischen Hauptstadt organisiert, brachte Abgeordnete aus über 30 Ländern aus ganz Europa zusammen. Die Premierminister aus Finnland und Slowenien, Minister aus Estland, Polen und der Tschechischen Republik, hochrangige Vertreter internationaler Organisationen wie der Weltbank, der Europäischen Gemeinschaft, der Internationalen Arbeitsorganisation, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, des Internationalen Währungsfonds und des Europäischen Gewerkschaftsbundes sowie renommierte Experten trugen dazu bei, eine realistische Bilanz der in den jungen Demokratien unternommenen Reformanstrengungen zu ziehen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtet Ökogas,
mit wertvollen Reststoffen
Recycling-Papier



Nach der dreitägigen Europaratskonferenz komme ich zu folgenden Erkenntnissen und Schlußfolgerungen:

1. Auch wenn in den Reformländern Zentral- und Osteuropas bislang Wirtschaftswunder ausgeblieben sind, so ist der Übergang von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft und zu unternehmerischem Wirtschaften grundsätzlich akzeptiert. Es gibt aber Differenzierungen hinsichtlich des Tempos und der Formen, etwa beim Eigentum. Dieser Übergang stellt hohe Anforderungen an die Verwaltung und verlangt grundsätzlich einen starken Staat, dem auch die Verantwortung für gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Ziele zufällt. In der "Helsinki-Erklärung", die am Ende der Konferenz per Akklamation von den Teilnehmern angenommen wurde, wird das Leitbild einer demokratischen Gesellschaft und einer auf Dauer tragfähigen, sozial gerechten und umweltverträglichen wirtschaftlichen Entwicklung entworfen.
2. Da der Übergang wegen vielfältiger Restriktionen ohnehin nicht in einem "big push" möglich ist (der war auf den Sonderfall Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik und in die EG beschränkt), fällt die Scheinalternative "big push" - Gradualismus (Schritt-für-Schritt-Vorgehen) in sich zusammen. Es bleibt allerdings eine Diskrepanz in der Beurteilung der Situation: Hier standen die einen, die den Reformprozeß bereits auf einem guten, irreversiblen Wege sehen, anderen gegenüber, für die die Befürchtung realistisch ist, daß die Verschlechterung der subjektiv empfundenen Lebensbedingungen den Reformprozeß selbst gefährdet. Das Ausmaß dieser Schwierigkeiten ist national unterschiedlich.
3. Die Hauptverantwortung für den jeweiligen Entwicklungsweg, für Erfolge und Mißerfolge liegt bei den einzelnen Ländern. Das internationale Umfeld beeinflußt jedoch in nicht unerheblicher Weise die Entwicklungschancen eines Landes. Zu Recht wurde von mehreren Rednern die Kluft zwischen den Liberalisierungsworten der OECD-Ländern und ihren oft protektionistischen Taten beklagt. Da das Hauptproblem die Erhaltung und die Schaffung neuer produktiver Dauerarbeitsplätze und der damit verbundenen Einkommen ist, stellt sich neben einer Stärkung der Binnenmärkte auch die Frage des Exports nach Westeuropa bzw. in den Weltmarkt.

Zweierlei wurde auf der Konferenz klar: Die OECD-Länder müssen zu weiteren Marktöffnungen bereit sein; in Zentral- und Osteuropa muß man sich darauf einstellen, nicht schon morgen Mitglied der EG werden zu können, womit dann alle Beschwerden verschwinden würden. Im übrigen wäre es fatal, wenn die Kommandowirtschaft durch einen inhumanen laissez-faire-Kapitalismus abgelöst würde.
4. Die beste Hilfe von außen sind also faire Handelsbedingungen. Ein schrittweiser sozial verträglicher Abbau von Handelsrestriktionen in den OECD-Ländern ist deshalb nötig. Allerdings sind Widerstände in Westeuropa dann zu erwarten, wenn von einigen Ländern Lohn-, Sozial- und Ökodumping betrieben wird, um die Exporte zu steigern. Die Internationale Arbeitsorganisation hat mit einer Vielzahl von Abkommen, die zum Teil Mindestnormen formulieren, in dieser Hinsicht eine gute Arbeit geleistet. Hilfe von der EG und ihren Staaten ist besonders in jenen Bereichen zu erwarten, wo die Ergebnisse auch in deren Interesse liegen, zum Beispiel bei der Sanierung bzw. Abwrackung von Kernkraftwerken, im Energiesektor und bei der Schaffung besserer Transport- und Kommunikationsbedingungen. Auch technische Hilfe ist kein besonderes Problem, sowohl bei der Modernisierung von Produktionsprozessen als auch beim Aufbau von Institutionen. Die

Konferenz fordert in diesem Zusammenhang eine bessere Koordination der vielfältigen vom Westen angebotenen Hilfestellungen.

5. Insgesamt gilt auch hier, was für Entwicklungsprozesse und Entwicklungspolitik allgemein gilt: Ein letztlich akzeptabler Zustand - von einer effizienten Verwaltung über ein funktionierendes, demokratisches Gerichtswesen und ein effizientes Steuersystem bis hin zu einer fortgeschrittenen Privatisierung mit gutem Management und gewinnbringenden Unternehmen - wird oft erst das Ergebnis eines erfolgreich verlaufenen Transformationsprozesses sein. Die Bedingungen dafür zu schaffen, wird auf lange Zeit eine ständige Herausforderung bleiben.
6. Mir, einem Westeuropäer, ist einmal mehr klar geworden, daß nicht nur die zentral- und osteuropäischen Länder enorme Probleme - von der Arbeitslosigkeit bis zur Umweltzerstörung - zu überwinden haben, sondern daß alle europäischen Länder ein gemeinsames Interesse an der Meisterung dieser Probleme haben müssen. Wir in Europa haben entweder eine gemeinsame Zukunft oder keine. Die Helsinki-Konferenz hat sich mit Europa beschäftigt. Aber dennoch wissen wir, daß nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Europa eine wichtige Rolle bei der Neuordnung der globalen Beziehungen zu spielen hat. Deshalb ist eine euro-egoistische, auf unseren Kontinent beschränkte Sichtweise nicht angebracht. Unsere Aufmerksamkeit muß auch den weltweiten Fragen von Frieden, Demokratie, Arbeit und Umwelt gelten.

Die Helsinki-Konferenz der Parlamentarischen Versammlung des Europarats soll mit ihren Orientierungen nachwirken. Deshalb wird der Wirtschaftsausschuß einen dementsprechenden Bericht für die Parlamentarische Versammlung mit Empfehlungen an den Europarat und seine Mitgliedsstaaten vorbereiten.

(-/9. Juni 1993/rs/ks)

Nicht übereinander, sondern miteinander sprechen

Zur 9. Internationalen AIDS-Konferenz in Berlin

Von Antje-Marie Steen MdB

Stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Wieso verbietet Krankheit die Freude am Leben, den Spaß und den Genuß an Kultur und Geselligkeit? Mit der Veranstaltung 'aids culture - cultural aids', dieser hoffentlich nicht nur einmaligen Kulturveranstaltung im Zusammenhang mit der 9. Internationalen AIDS-Konferenz in Berlin, wird ein neuer, erfolgversprechender Weg im Kampf gegen AIDS beschritten. Weltweit wächst die Zahl infizierter und erkrankter Menschen. Zugleich aber ist unverkennbar, daß heute über dieses Thema 'AIDS' deutlich weniger gesprochen wird als vor einigen Jahren. Doch wir dürfen - in unser aller Interesse - diese offensichtlich zunehmende Gleichgültigkeit nicht zulassen.

Von den vielfältigen und breit gestreuten Kulturveranstaltungen, die die sozio-kulturelle Dimension von AIDS zum Ausdruck bringen soll, erhoffe ich mir wesentliche und dringend notwendige Impulse

für das Nachdenken und für eine offene Diskussion. Gerade zur Überwindung der immer noch vorhandenen Berührungshänge sind diese Veranstaltungen wichtig. Sie unterstreichen AIDS als ein gesamtgesellschaftliches Thema, sie lösen die Randsituation der Betroffenen auf, vermitteln Wahrnehmung der Probleme Erkrankter und lassen Toleranz zwischen Ihnen wachsen.

Es ist zu begrüßen, daß viele Künstler sich in diese Aktion mit einbringen. Dieses Beispiel sollte auch Politiker und Politikerinnen auffordern, gemeinsame Strategien der Hilfen und Bewältigung der sozialen Lage der Infizierten und ihrer Familien verantwortungsvoller zu entwickeln und umzusetzen. Leider klafft hier eine weite Lücke zwischen politischem Statement und politischem Handeln.

Auch im bundesdeutschen Haushalt wurde der Etat für die Bekämpfung von AIDS deutlich zurückgefahren. Besonders Betroffene bekommen diese unverantwortliche Maßnahme zu spüren: Zum Beispiel droht ausgezeichneten, interdisziplinär vernetzten Pflegekonzeptmodellen nun das finanzielle Aus. Für Erkrankte ein heilloser Flakon! Geradezu beängstigend ist die dramatische Zunahme infizierter Frauen und Kinder. Doch diese überaus besorgniserregende Tatsache hat die verantwortliche Politik bislang kaum zur Kenntnis genommen. Nicht nur die Zunahme betroffener Frauen, die keiner sogenannten Risikogruppe wie Prostituierte oder Drogensüchtige zugeordnet sind, fordert dringend notwendige neue Ansätze für eine frauenspezifische Präventions- und Betreuungsarbeit.

Frauen erleben ihr "Positiv-sein" im Bereich der Wahrnehmung, der Sexualität, der Verantwortung für ihre Kinder anders. Angst vor Stigmatisierung treibt sie häufig in die Isolation, Mangelnde Kommunikation, Sprachlosigkeit, fehlende Information einhergehend mit oftmals frühzeitig auftretenden, schwerwiegenden Krankheitssymptomen, prägen die von drohender sozialer und ökonomischer Verelendung überschatteten Lebenssituation dieser Frauen.

Völlig ungenügend ist auch die Betreuung drogenabhängiger infizierter Schwangerer und junger Mütter. Für sie fehlen weitgehend Betreuungskonzepte und Therapie-Einrichtungen.

Generell muß festgestellt werden, daß hinsichtlich der frauenspezifischen AIDS-Problematik das Wissen immer noch beschämend ungenügend ist. Auch im Bereich der Forschung sind frauenspezifische Ansätze dringend notwendig, um zum einen immer noch häufig ungenügende medizinisch-frauenspezifische Kenntnisse zu erzielen, aber auch um endlich durch wissenschaftliche Begleitung und Auswertung bereits durchgeführter Projekte gezielt frauenspezifische Strategien in Prävention und Betreuung zu erarbeiten.

Wirtschaftliches und wissenschaftliches Potential weltweit gefordert

Von diesem Kongreß erhoffe ich mir besonders zu dem Thema "AIDS und Frauen" und "AIDS und Kinder" wesentliche und dringend notwendige Impulse für die Aufklärungs- und Betreuungsarbeit. Ein ganz wesentliches Anliegen ist mir auch, daß wir auf diesem internationalen Symposium endlich auch dazu kommen, nicht mehr weitgehend übereinander, sondern miteinander zu sprechen. Wir müssen uns unserer Verantwortung auch gegenüber der rasanten Entwicklung von AIDS in den Entwicklungsländern bewußt sein. Unser wirtschaftliches Potential sowie das wissenschaftliche Know how ist weltweit gefordert und darf bei der Bekämpfung dieser weltweiten Epidemie niemandem vorenthalten werden. Nur durch gemeinsame Anstrengungen und verknüpfte Strategien läßt sich AIDS in den Griff bekommen.

(-/9. Juni 1993/rs/ks)
